

#PRESSEMITTEILUNG 15. September 2016

# **EVG will zunehmender Gewalt mit konzertierten Aktion begegnen**

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) hat im Hinblick auf zunehmende Übergriffe auf Beschäftigte in den Verkehrsbetrieben die Initiative ergriffen und für Montag, den 19. September 2016, zu einem runden Tisch nach Berlin eingeladen.

"Jeder Angriff ist einer zu viel. Niemand muss sich beleidigen, bespucken, befummeln bedrängen oder sogar tätlich angreifen lassen", machte der stellvertretende EVG-Vorsitzende, Klaus-Dieter Hommel, deutlich. Genau das sei aber häufig Alltag an Bahnhöfen sowie in Bussen oder Bahnen.

"Wir wollen und wir müssen etwas gegen die unerträglichen Situationen tun, denen unsere Kolleginnen und Kollegen immer öfter ausgesetzt sind und haben deshalb alle maßgeblichen Unternehmen, Auftraggebern und Verbände aber auch uns nahe stehende, beteiligte Gewerkschaften zu einem Runden Tisch eingeladen", so der EVG-Vize. "Gemeinsam wollen wir erörtern, wie Kolleginnen und Kollegen im aktiven Dienst am besten vor Übergriffen geschützt werden können".

"Uns liegen derzeit gut 60 Anmeldungen vor, das zeigt, wie notwendig es war, dass wir in dieser Frage aktiv geworden sind", machte der stellvertretende EVG-Vorsitzende, Klaus-Dieter Hommel, deutlich. Im Rahmen des "Runden Tisches" würden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bereits Opfer von Übergriffen geworden sind, von ihren persönlichen Erfahrungen berichten. "Damit wird klar, worüber wir reden und was es künftig zu verhindern gilt", so Hommel. Zudem werde der Vize-Präsident des Bundespolizeipräsidiums, Jürgen Schubert, die aktuelle Lage aus Sicht der Ordnungsbehörden bewerten.

"Dieser Runde Tisch wird keine einmalige Veranstaltung sein, wir werden in einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch eintreten, um den betroffenen Kolleginnen und Kollegen bei Bus und Eisenbahn dauerhaft helfen zu können", machte Hommel deutlich. "Entscheidend wird dabei sein, dass es uns gemeinsam gelingt, die Aufgabenträger, wie auch die politisch Verantwortlichen im Bund, in den Ländern sowie in den Kommunen davon zu überzeugen, dass mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, um die nötige Sicherheit gewährleisten zu können", so der EVG-Vize. Das werde einer der Punkte sein, über den die EVG mit den Teilnehmern des Runden Tisches Konsens erzielen wolle.

"Sicherheit darf kein Kostenfaktor, sondern muss ein Grundanliegen sein. Das wollen wir den dafür Verantwortlichen in einer gemeinsamen Erklärung deutlich machen", erklärte der stellvertretende Vorsitzende der EVG, Klaus-Dieter Hommel.